

## **Antrag an den CSU-Parteitag auf Änderung des Grundsatzprogramms:**

29.09.2007

Beschlussvorschlag:  
S.117, Zeile 19:

Der Satz "Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU lehnt die CSU ab" wird geändert in: "Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU lehnt die CSU in der jetzigen Situation ab."

### **Begründung:**

Die Kriterien von Kopenhagen (Juni 1993) verlangen für den Beitritt eines neuen EU-Mitgliedslandes institutionelle Stabilität als Garant für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte sowie eine funktionierende Marktwirtschaft. Die Türkei hat zwar bedeutende Fortschritte in dieser Richtung gemacht, dennoch werden wichtige Beitrittskriterien nicht erfüllt, z.B. die Einhaltung der Grundrechte, wie Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und die Religionsfreiheit. Der Wahlsieg der AKP bei der letzten Wahl mit Ministerpräsident Erdogan ist ein Signal für wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen. Bis zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei ist es jedoch noch ein langer Weg, zumal auch die Integrationsfähigkeit der EU bis dahin gestärkt werden müsste.

Dennoch sollte die Bereitschaft zu einem Reform- und Demokratisierungsprozess von der EU aufgegriffen und positiv unterstützt werden. Das Konzept der privilegierten Partnerschaft der CDU fördert diese europäische Orientierung und trägt der geopolitischen Bedeutung der Türkei Rechnung.

Dieser Wille zur Westorientierung kann gefördert werden, wenn die EU sich dem Beitritts-Wunsch nicht für alle Zukunft kategorisch verschließt.

Auch würde die politische Rolle der EU gegenüber der islamischen Welt mit der Türkei als Partner gestärkt und somit eine wichtige Brückenkopffunktion in die islamistische Welt aufgebaut. Eine stabile Verankerung der Türkei in der EU dient auch unseren außen- und sicherheitspolitischen Interessen und damit dem Schutz unserer eigenen Demokratie.

Selbst der Vatikan verschließt sich nicht dem Gedanken eines Beitritts der Türkei zur EU, wenn Christen dort die volle Freiheit genießen wie Muslime in Europa.

Antragsteller:  
Dr. Gabriele Pauli, Mitglied des Parteivorstands